

Vom Ende journalistischer Aufklärung

Donald Trump wurde gewählt, Norbert Hofer beinahe. Was tun gegen Populismus, Fake-News und den Vertrauensverlust der Menschen? Ein paar Überlegungen zum Zustand der Öffentlichkeit und der Medien.

Stephan Russ-Mohl

Was Donald Trump, aber auch Norbert Hofer, Beppe Grillo und Co anlangt, hat die neue Internationale des Populismus in den letzten Wochen gewiss ein Übersoll an Medienaufmerksamkeit erzielt. Journalisten, Medienforscher, ja: wir alle sollten zwar sorgfältig weiter beobachten, was geschieht, uns aber auch eine Verschnaufpause gönnen, statt weiter über den bevorstehenden Weltuntergang zu spekulieren.

Ein Problem der Medien ist und bleibt, dass sie zu sehr personalisieren. Das gilt nicht nur für die *Kronen Zeitung*, für *Heute* und *Österreich*, sondern leider oftmals auch für den seriöseren Journalismus. Dagegen wäre zwei anderen Aspekten, die den Aufstieg der Populisten auf Schritt und Tritt begleiten, weiterhin sehr viel mehr Aufmerksamkeit zu wünschen: Erstens hat der Journalismus mit massivem Vertrauensverlust zu kämpfen, und zweitens werden wir mit Lawinen von Fake-News zugeschüttet – vor allem, aber keineswegs ausschließlich in den sozialen Netzwerken.

Parallelwelten

Beides hängt natürlich eng miteinander zusammen. Das Bombardement mit Falschmeldungen zielt letztendlich darauf, den Journalismus zu diskreditieren, Hass zu säen, Parallelwelten entstehen zu lassen und so auch den öffentlichen Diskurs und die Demokratie unter der Desinformationslawine zu begraben.

Was den Vertrauensverlust anlangt, haben Medienverantwortliche das Problem lange Zeit ignoriert: Medienforscher konstatieren seit Jahrzehnten den schleichenden Verfall journalistischer Glaubwürdigkeit. Als ARD und ZDF in den 1960er-Jahren damit begannen, in Mehrjahresabständen messen zu lassen, wie es um das Vertrauen in Medienberichter-



Vom Wahlkampf um die Hofburg mag für viele vordergründig nicht viel mehr bleiben als dessen sehlichst erwartetes Ende. Eine nicht zu ignorierende Tatsache ist aber auch, dass der öffentliche Diskurs von einer Desinformationslawine verschüttet wurde. Und zwar so hoch wie noch nie zuvor in diesem Land.

Foto: Corn

stattung bestellt ist, hätten die Alarmglocken bereits schrillen müssen. Die ermittelten Werte in der Langzeitstudie Massenkommunikation zeigten bereits damals nahezu regelmäßig nach unten.

Auch das berufliche Ansehen von Journalisten war und blieb in entsprechenden Umfragen im Keller. Im Rückblick ist das merkwürdig: Während Medien sonst von Empörungskommunikation leben und Mücken gerne zu Elefanten aufblasen, haben sie vor diesem Jahrhundertthema, das ihre eigene Existenz und unser demokratisches Gemeinwesen gefährdet, lange Zeit kollektiv die Augen verschlossen. Schwindet das Vertrauen in den Journalismus, verringert sich beim Publikum mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Zahlungsbereitschaft für Medienprodukte. Obendrein wandern die Werbeeinnahmen, aus denen vormals Redaktionen finanziert werden konnten, immer mehr in die Kassen von Google und Facebook.

Viele Redaktionen sind in den letzten Jahren drastisch geschrumpft, in den USA haben sie sich zum Teil mehr als halbiert.

Unter heutigen Bedingungen fehlt es so den allermeisten Redaktionen schlichtweg an Arbeitskapazität, um der Flut an Nachrichten, PR- und Propagandabotschaften Herr zu werden, die auf sie tagtäglich hereinprasseln. Es geht nicht zuletzt um Machtverschiebungen zwischen Journalismus, PR und Propaganda.

In der „Aufmerksamkeitsökonomie“, die der Wiener Sozialforscher Georg Franck kurz vor der Jahrtausendwende klug analysiert hat, konkurrierte eine Vielzahl von Public-Relations-Leuten darum, Journalisten mit News zu versorgen. Bevor Internet und Digitalisierung den Medienbetrieb mit aller Wucht durcheinanderwirbelten, griffen Redaktionen Pressemitteilungen auf und verbreiteten sie im öffentlichen Raum, wenn sie „Nachrichtenwert“ hatten.

Die Öffentlichkeitsarbeiter mögen nur die halbe Wahrheit geliefert haben, aber solange Redaktionen gut ausgestattet waren, mussten sie damit rechnen, dass Journalisten die andere Hälfte der Wahrheit herausfinden und ergänzen würden, oftmals mithilfe konkurrierender Public-Relations-Experten.



Stephan Russ-Mohl: Das Ansehen ist im Keller.

Foto: APA

Die Aufmerksamkeitsökonomie droht jetzt in eine Desinformationsökonomie zu kippen. Die Journalisten haben ihre Schleusenwärtterrolle eingebüßt, sie kontrollieren nur noch bedingt, was im öffentlichen Raum zirkuliert. Oftmals entfällt die redaktionelle Kontrolle ganz oder wird irrelevant, weil Akteure im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken, ungehindert von Redaktionen „Bullshit“ verbreiten können – seien das nun Falschmeldungen, Viertelwahrheiten, plumpe Werbebotschaften oder Konspirationstheorien. Zirkulieren diese erst einmal – wie zum Beispiel Trumps Tweets – im Netz, sehen sich auch seriöse Redaktionen gezwungen, diese Meldungen aufzugreifen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, und so wird dann zusätzlich Medienresonanz erzeugt.

Social Bots

Inzwischen geht es aber auch darum, wie rasant sich in den Echokammern der sozialen Netzwerke Unfug ausbreitet, wie Algorithmen sowie Roboter, sogenannte „Social Bots“, vieltausendfach den Bullshit breittreten und damit die Stänkerei verstärken. Besonders alarmierend ist in diesem Kontext eine aktuelle Studie der Stanford University, die soeben

gezeigt hat, wie wenig gerade junge Leute, die mit dem Internet aufgewachsen sind, in der Lage sind, quellenkritisch Journalismus von Fake-News, PR und Propaganda zu unterscheiden.

Es gibt in naher Zukunft also viel zu tun für die Medienforschung, aber auch für die Journalisten, die endlich in eigener Sache aufklären sollten, statt die Pflicht nehmen sollten wir dabei vor allem die Handvoll weltumspannender Internetkonzerne. Die Zürcher Medienforscherin Natascha Just nennt sie die „Giant Teenagers“ – wohl auch, weil sie sich, ihrem Organisationsalter entsprechend, im Blick auf ihre gesellschaftliche Verantwortung bislang pubertär benehmen. Facebook und Google, Amazon und Apple sind die mächtigsten Medienunternehmen der Welt. Sie können sich nicht länger aus der redaktionellen Verantwortung für das davonstehlen, was sie auf ihren Plattformen verbreiten. Bis vor kurzem war es fünf vor zwölf, seit Trumps Wahl und Hofers Beinahe-Wahl ist es fünf nach zwölf.

STEPHAN RUSS-MOHL (Jg. 1950) ist Professor für Journalistik und Medienmanagement sowie Leiter des European Journalism Observatory an der Università della Svizzera italiana in Lugano.

LESERSTIMMEN

Erfreulich und Paradox

Betrifft: *Präsidentenwahlen*
Erfreulich ist und paradox erscheint, dass bei der verschobenen Wiederholung der Bundespräsidenten-Stichwahl am 4. Dezember die Wahlbeteiligung höher war als beim ersten Versuch am 22. Mai.

Ein Grund dürfte sein, dass am Wahltag keine „Flüsterpropaganda“ über irgendwelche Zwischenstände erlaubt war. Taktik und Bequemlichkeit fielen daher als Grund fürs Daheimbleiben weg. Allein dafür ist dem Verfassungsgerichtshof zu danken.

Reinhard Hinger
1200 Wien

Die Kuh im Stall lassen

Aufgrund einer klaren Entscheidung sowie einer ordnungsgemäßen Abwicklung ist dieses Wahlergebnis als demokratisch korrekt zu behandeln.

Persönlich wäre ich schon neugierig gewesen, wie man das Präsidentenamt anders führen könnte, nehme aber die Wahl als Sieg des „Ancien Régime“ zur Kennt-

nis. Grenzenlos erheitert haben mich die Statements der jeweiligen Parteien, welche dieses Wahlergebnis als ihren Sieg reklamieren. Lassen wir die Kuh im Stall.

Es war der Sieg eines grünen Kandidaten, somit ein Sieg der Grünen mit den Stimmen aller anderen Parteien, welche teilweise ihre eigenen Kandidaten am ausgestreckten Arm verhungern ließen. Daraus resultierend bereits diverse Siege bei den bevorstehenden Nationalratswahlen zu reklamieren war wohl die Lachnummer des Abends. Betroffen gemacht haben mich allerdings Bemerkungen – u. a. auch aus diversen Sektionen – in den vergangenen Wochen, dass man einen mit Stecken nicht zum Präsidenten wählen kann. Hans Gero Planitzer
1020 Wien

Schwächster aller Zeiten

Ist es nicht blamabel für den Kandidaten einer Partei mit einem Potenzial von etwa 35 Prozent, gegenüber einem Kandidaten der grünen Partei mit maximal 15 Prozent Wählerpotenzial die Stichwahl mit dem zweithöchsten

Abstand der Geschichte Österreichs zu verlieren?

Verstärkt noch in einem Umfeld, welches allen Rechtspopulisten Rückenwind gewährt, wie Flüchtlingskrise, EU-Krise, Trump und einer lahmen nationalen Regierung. Unter diesen Gesichtspunkten muss man Norbert Hofer rückwirkend als den schwächsten Kandidaten aller Zeiten in Österreich bei einer Bundespräsidenten-Stichwahl einstufen.

Irene Berger
4020 Linz

Auf in die Zukunft!

Die angesagte kleine, erste Revolution hat nicht stattgefunden. Ihr Vorposten, Hofer, hat sein Ziel verfehlt. Zu unberechenbar und wenig glaubwürdig hat er anscheinend auf die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gewirkt. Dass Altbundespräsident Fischer den Österreicherinnen und Österreichern noch einmal ins Gewissen geredet hat, hat wahrscheinlich auch dazu beigetragen, dass eine Mehrheit Van der Bellen ihre Stimme gegeben hat. Jedenfalls haben uns Strache, Hofer, Kickl und

Böhmendorfer ganz schön in Atem gehalten und uns unnötigerweise den teuersten Bundespräsidentenwahlkampf aller Zeiten beschert. Demokratie kann manchmal ganz schön ins (Steuer-)Geld gehen.

Jetzt geht es aber wieder an die Arbeit. Es warten viele Aufgaben auf uns, und Weihnachten steht vor der Tür. Auf in die Zukunft!

Egon Hofer
9063 Maria Saal

Typisch österreichische Angst

Das Duell „Einer gegen alle“ war offenbar doch nicht zu gewinnen. Das in Österreich besonders ausgeprägte Establishment hat mithilfe der Medien eine Veränderung des Status quo verhindert. Die Sonntagszeitungen haben nochmals geschlossen und zum Teil hinterhältig gegen Hofer getrommelt: Die ganze Welt schaut jetzt auf uns. Wollt ihr wirklich den totalen Skandal eines Nazi-Präsidenten? Wir werden sehen, wie sich die typisch österreichische Angst vor Veränderung in Zukunft auswirkt.

Albrecht Rietsch
1020 Wien

Verkehrte Welt

Wer in der Politik für eine Sache arbeitet, macht sich heutzutage schnell unbeliebt. Genau das trifft auf ÖVP-Klubobmann Lopatka zu! Bei ihm sieht man, dass er für Österreich und die ÖVP kämpft, und zwar in allen Belangen, und das wird ihm jetzt zum Vorwurf gemacht! Lopatka will Politik machen, und er schlägt die Tür zu anderen Parteien, anderen Optionen als der großen Koalition nicht zu. Das ist wichtig und richtig. Das wollen auch die Österreicher. Denn es braucht Veränderung im Lande. Lopatka ist einer, der das erkannt hat und dafür arbeitet. Es ist eine Wohltat, wenn Politiker wie er sich nicht den Mund verbieten lassen! Doch wenn er seine Meinung sagt, wird er bestraft. Das versteht kein Mensch! Was für eine verkehrte Welt ist das denn? Jeder darf wählen, wen er will, und hat ein Anrecht auf freie Meinungsäußerung in unserer Demokratie! Wir bräuchten wahrlich mehr solch mutige Politiker wie ihn!

Martina Egger
per Mail